

Dokumente und Tatsachen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **37 (1958)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

und die britischen Truppen werden aus dem Libanon und Jordanien zurückgezogen. Im *Libanon*, wo, nach der Ernennung des neuen Präsidenten der Republik und der Bildung der neuen Regierung, der Bürgerkrieg von der Christlichen Phalange fortgesetzt wurde, ist schließlich ein Kompromiß zustande gekommen. Eine Regierung wurde aus je zwei Vertretern der christlichen und der mohammedanischen Bevölkerungskreise gebildet. Die Lage hat sich auf dieser Basis beruhigt. Neue Gegensätze sind jedoch innerhalb der Arabischen Liga entstanden. Nach stürmischen Auseinandersetzungen hat *Tunesien seine diplomatischen Beziehungen zu der Vereinigten Arabischen Republik Nassers abgebrochen*.

Im November finden *in den Vereinigten Staaten Erneuerungswahlen* für das Repräsentantenhaus und einen Drittel des Senats statt. Die Administration Eisenhower, besonders die Außenpolitik des Herrn Dulles gegenüber China, wird scharf von den Demokraten angegriffen, die Aussicht auf einen Wahlerfolg haben.

Am 31. Oktober wird in Genf die Konferenz der drei Atommächte (Rußland, USA und Großbritannien) über die *Einstellung der Atomexplosionen* eröffnet. Rußland hat seine Atomexperimente am Vorabend dieser Konferenz wieder aufgenommen, schlägt aber eine dauernde und endgültige Einstellung der Explosionen vor. Die Vereinigten Staaten wollen zuerst die Wirksamkeit der internationalen Kontrolle prüfen und sind nur für ein Jahr gewillt, die Explosionen einzustellen; sie wollen jedoch diese Frist erneuern, wenn das Experiment gelingt. Frankreich dagegen hat in der politischen Hauptkommission der UNO erklärt, daß es die Atomwaffen auch ausprobieren wolle und nicht beabsichtige, sich durch ein Abkommen der drei Atommächte binden zu lassen. Frankreich verlangt Einstellung nicht nur der Experimente, sondern auch der Herstellung und Lagerung von Spaltmaterial für den Krieg und von Atomwaffen. Hoffen wir, der erste Schritt werde nicht verhindert werden unter dem Vorwand, es müßten gleichzeitig weitere Schritte gemacht werden.

JHD

Dokumente und Tatsachen

Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Am außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der am 4. und 5. Oktober 1958 in Luzern stattgefunden hat, wurden folgende Entschlüsse gefaßt:

Resolution zur Atomfrage EntschlieÙung Bringolf/Nägeli

I.

1. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz nimmt mit tiefer Besorgnis Kenntnis von der Verschärfung der Spannung unter den Großmächten. Diese

Verschärfung findet ihren Ausdruck in der Steigerung der wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Offensive der Sowjetunion und des unter ihrer Führung stehenden Ostblocks. Worte und Taten der Außenpolitik der Sowjetunion stehen in eindeutigen Widerspruch. Ungarn ist dafür ein sprechendes Beispiel. Die Verantwortung der Mächte, welche unter Führung der Vereinigten Staaten, trotz den großen Hilfsaktionen, wie beispielsweise durch den Marshall-Plan, keines der entscheidenden Probleme unserer Zeit zu lösen vermochten – wir denken an die Befreiung der farbigen Völker von der weißen Vorherrschaft (Algier, Libanon), an die Hilfe für die in der Entwicklung zurückgebliebenen Länder, an die Zurückstellung egoistischer Sonderinteressen im Kampfe um Rohstoffe und Absatzmärkte –, läßt sich ebenfalls in keiner Weise leugnen. Zu den zwei Atomgroßmächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, hat sich vor wenigen Jahren Großbritannien gesellt. Das Frankreich de Gaulles ist entschlossen, die vierte Atommacht der Erde zu werden, und deutliche Anzeichen sprechen dafür, daß auch die Bundesrepublik Deutschland den Anschluß an diese Entwicklung nicht verpassen will. Die atomare Aufrüstung hat trotz allen moralischen und religiösen Aufrufen, Demonstrationen und Kundgebungen eine besorgniserregende Steigerung erfahren. West und Ost rühmen sich dessen, benützen ihre Atomwaffen als Instrumente der Politik, der gegenseitigen Warnung, ja sogar Bedrohung, und tragen dadurch zur Verschärfung der internationalen Spannungen bei. Die weitverbreitete Atomangst ist daher verständlich und darf keinesfalls bagatellisiert werden.

2. Im Blick auf diese weltpolitische Situation bekennt sich der Parteitag erneut zu den Grundsätzen des freiheitlichen demokratischen Sozialismus, zur Verständigung unter den Völkern und ihrer Regierungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes, der Respektierung und der Unantastbarkeit der persönlichen Rechte. Vor allen Dingen bekennt sich der Parteitag, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Winterthurer Parteitages vom September 1943, zur Unterstützung aller aufrichtigen Bemühungen für eine umfassende und systematische, gegenseitiger Kontrolle unterliegende Abrüstung.

3. Solange eine allgemeine kontrollierte Abrüstung unter den Großmächten nicht erreicht ist, hält die Sozialdemokratische Partei der Schweiz eine wirksame militärische Verteidigungsbereitschaft unseres Landes für unerläßlich.

II.

1. Die Verschärfung der internationalen Lage hat ihre tieferen Ursachen nicht nur in den gegensätzlichen wirtschaftlichen und sozialen Systemen der östlichen und der westlichen Welt, sondern ebenso sehr in der gewaltig und beängstigend gesteigerten Entwicklung von Atomwaffen aller Art. Die Ausrüstung der Armeen mit atomaren Waffen ist in der Sowjetunion und in den Ländern, welche der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation (NATO) angeschlossen sind, bereits erfolgt und geht weiter. Es ist deshalb nicht von ungefähr, daß sich zuständige Stellen des Eidgenössischen Militärdepartementes und der schweizerischen Armee ebenfalls mit der Entwicklung und allfälligen Beschaffung atomarer Waffen für unser Land befassen. Ebenso verständlich ist es aber auch, daß diese Entwicklung in weiten Kreisen unseres Volkes, über alle Parteien hinweg, Besorgnisse und Diskussionen hervorruft. Die Verwendung der großartigen wissenschaftlichen Errungenschaften auf dem Gebiete der atomphysikalischen Forschung für kriegerische Zwecke, also für die Erzeugung von Massenvernichtungsmitteln, geht alle Menschen unserer Zeit an und kann nie nur die Sache einer politischen Partei oder einer politischen Gruppierung sein.

2. Der Parteitag fordert die Einstellung der Atomwaffenversuche und sieht in einer solchen Einstellung einen ersten Schritt für ein Abkommen über die Abrüstung auf dem Gebiete der Atomwaffen. Der zweite Schritt, der die Einstellung der Atomwaffenproduk-

tion bringen muß, ist jedoch unerläßlich, wenn der erste Schritt nicht nur platonischen Charakter haben soll. Der Parteitag unterstützt alle Bemühungen zur Erreichung eines Übereinkommens über die Einstellung der Produktion allen spaltbaren Materials für militärische Zwecke und daher aller Atomwaffen und verbindet damit seine Zustimmung zu der Stellungnahme der Sozialistischen Internationale für ein Übereinkommen, das als dritte Phase in den Bemühungen um eine allgemeine und internationale Abrüstung auch eine Kontrolle der konventionellen Waffen und Streitkräfte anstrebt.

3. Der Parteitag lehnt jedoch Bestrebungen, welche eine einseitige Abrüstung atomarer und konventioneller Waffen und Streitkräfte zur Folge hätten, auch wenn sie aus achtenswerten Gründen vertreten werden, eindeutig ab. Eine einseitige Abrüstung des Westens, also auch unseres eigenen Landes, würde die westlichen Demokratien ohne Unterschied dem politischen Druck und der Erpressung durch die Sowjetunion und den Sowjetblock ausliefern.

III.

Der Parteitag erachtet die moderne Bewaffnung konventioneller Struktur für die ausschließliche Verteidigungsaufgabe unserer Armee als durchaus ausreichend. Er erblickt in Meinungsäußerungen, die der Wehrbereitschaft ohne Ergänzung durch Atomwaffen die Wirksamkeit abzusprechen versuchen, eine gefährliche, ja geradezu defatistische Leichtfertigkeit.

IV.

1. Der Parteitag erachtet es als notwendig, daß ein allfälliger endgültiger Entscheid der Bundesversammlung über die Beschaffung von Atomwaffen für unsere Armee dem Schweizervolke zur letzten Entscheidung vorgelegt wird. Der Parteitag stimmt deshalb dem Antrag der Sektion Lausanne zu. Er lautet:

«Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz beschließt die Lancierung einer Volksinitiative, um in der Verfassung eine Bestimmung aufzunehmen, wonach alle Beschlüsse der eidgenössischen Räte, die Schweizer Armee mit Nuklearwaffen auszurüsten, obligatorisch dem Volke zur Entscheidung vorgelegt werden müssen.»

2. Der Parteitag erwartet, daß alle Parteimitglieder die Diskussion für und gegen die Atomwaffen sachlich und geleitet vom Gesamtinteresse und der Geschlossenheit der Partei führen. Er fordert ferner die Parteigenossen und -genossinnen auf, auf die Teilnahme an außerparteilichen Aktionen irgendwelcher Art (zum Beispiel Beteiligung an einer von einem außerparteilichen Komitee geplanten Verfassungsinitiative) zu verzichten, sofern diese nicht von den maßgebenden Körperschaften der Partei gebilligt werden. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in der Frage der militärischen Landesverteidigung bestehen nicht. Unterschiede bestehen begreiflicherweise in der Frage des Maßes. In der Frage der Befürwortung oder Ablehnung von Atomwaffen für die schweizerische Armee achtet der Parteitag jede Auffassung, die aus einer erarbeiteten Überzeugung stammt und von der aufrichtigen Sorge um die Zukunft unseres Volkes und seiner freiheitlichen Institutionen getragen ist.

Die Diskussion über die Problematik der militärischen Verteidigungsbereitschaft unserer Armee darf aber in keiner Weise von der Hauptaufgabe, die der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gestellt ist, ablenken. Der Kampf um die Verwirklichung der Invalidenversicherung, der Fünftagewoche, des Ausbaues der AHV durch Erhöhung der Renten, der Revision der Kranken- und Unfallversicherung, der Einführung der Mutterschaftsversicherung und damit der sozialen Sicherheit für alle Arbeitenden in Stadt und Land bleibt im Mittelpunkt unseres Kampfes um eine soziale Demokratie. Der Parteitag appelliert an alle Sozialisten, in dieser Zeit mehr als je den Grundsätzen

wahrer Humanität und des freiheitlichen Sozialismus durch eine eindeutige Geisteshaltung Treue zu bewahren.

Resolution zur AHV-Initiative

Der Parteitag der SPS stellt fest, daß die Renten der AHV noch ganz ungenügend sind und daß infolge der Teuerung immer breitere Schichten von AHV-Rentnern in große finanzielle Bedrängnis geraten.

1. Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung wird beauftragt, ihren schon anläßlich der vierten AHV-Revision eingeleiteten Kampf um die Erhöhung der AHV-Renten energisch weiterzuführen.

2. Die SPS lanciert eine Volksinitiative für die Erhöhung des realen Wertes der AHV-Renten und für deren regelmäßige Anpassung an die Teuerung.

Ebenso einhellig beschloß der Parteitag hierauf, den Parteivorstand zur Lancierung des vorbereitenden Volksbegehrens auf Einführung der Gesetzesinitiative im Bund zu ermächtigen.

Resolution zum Frauenstimmrecht

In ausdrücklicher Bestätigung des sozialdemokratischen Programmes sowie zahlreicher Beschlüsse des Parteivorstandes und von Parteitagen erklärt der Parteitag der SPS in Luzern vom 4. und 5. Oktober die politische Gleichberechtigung der Frauen als eine Forderung der Demokratie und der Gerechtigkeit.

Mag der Ausschluß der Frauen von öffentlichen Angelegenheiten vor hundert Jahren der allgemeinen Anschauung entsprochen haben, heute, angesichts der in den vergangenen Jahrzehnten erfolgten Veränderungen im Leben der Frau, ihres Einsatzes in der Wirtschaft und des Standes ihrer Bildung ist eine gleiche Behandlung von Mann und Frau im Hinblick auf die grundlegenden politischen Rechte in jeder Weise gerechtfertigt, ja eine dringende Notwendigkeit.

Die SPS erwartet von allen Parteisektionen und von jedem einzelnen Parteimitglied, daß sie bei der bevorstehenden Abstimmung über das Stimm- und Wahlrecht der Frauen in eidgenössischen Angelegenheiten ihre vollen Kräfte einsetzen, damit die politische Rechtlosigkeit der Frauen in unserer Demokratie aufgehoben und die Frauen wie die Männer gleichberechtigt und gleich verantwortlich am Auf- und Ausbau unseres demokratischen Staates mitarbeiten können.

Blick in die Zeitschriften

Zur vieldiskutierten Frage der Unabhängigkeit und Einheit der deutschen Gewerkschaften nimmt *Otto Brenner*, der Vorsitzende der IG Metall, erneut in einem grundsätzlichen Aufsatz in der Zeitschrift *«Die Neue Gesellschaft»* (5) Stellung. Er befaßt sich zunächst mit der immer wieder umstrittenen Unterscheidung zwischen den Begriffen Neutralität und Unabhängigkeit und sagt dazu:

«Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Satzung des DGB, die 1949 in München vom Gründungskongreß beschlossen wurde, nicht von Neutralität spricht, sondern (in § 8, Absatz 1) erklärt, daß der DGB seine ‚Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen, Verwaltungen, Unternehmern, Konfessionen und politischen Parteien‘ jederzeit wahren müsse. Wenn also einzelne Gewerkschaften in letzter Zeit in ihren Satzungen den mißverständlichen Begriff der ‚Neutralität‘ durch ‚Unabhängigkeit‘ ersetzt haben, so dient das lediglich der Klärung der gewerkschaftlichen Haltung gegenüber den Parteien und